



Main-Kinzig-Kreis
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Losweise Vergabe der kommunalen Abfalleinsammlung und Beförderung in Kommunen des Main-Kinzig-Kreises

Offenes Verfahren gemäß § 15 VgV

des

**Main-Kinzig-Kreis -
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft
Deponiestraße 6
63571 Gelnhausen-Hailer**

– Erster Verfahrensbrief / Aufforderung zur Angebotsabgabe

–

Mai 2026



Via elektronischem Vergabeportal DTVP

An alle interessierten Unternehmen

08.05.2026

Erster Verfahrensbrief / Aufforderung zur Angebotsabgabe

**Main-Kinzig-Kreis Eigenbetrieb Abfallwirtschaft
Losweise Vergabe der kommunalen Abfalleinsammlung und Beförderung in Kommu-
nen des Main-Kinzig-Kreises
Offenes Verfahren gemäß § 15 VgV**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Main-Kinzig-Kreis - Eigenbetrieb Abfallwirtschaft beabsichtigt, nach Maßgabe der beiliegenden Vergabe- und Vertragsunterlagen, die losweise Vergabe der kommunalen Abfalleinsammlung und Beförderung in Kommunen des Main-Kinzig-Kreises im Wege eines offenen Verfahrens nach § 15 VgV.

Ihr Unternehmen erhält hiermit Gelegenheit, sich am Wettbewerb zu beteiligen.

1. Informationen

1.1 Kontaktstelle und Kommunikation

Die GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Ulmenstraße 30, 60325 Frankfurt am Main, ist mit der administrativen Durchführung des Vergabeverfahrens beauftragt worden, fungiert also als Vergabestelle.

Die Kommunikation zwischen dem Auftraggeber und den Bietern, etwa bei Bieterfragen und deren Beantwortung, wird im gesamten Verfahren ausschließlich über die vom Auftraggeber eingesetzte elektronische Vergabeplattform DTVP geführt.

Damit der Auftraggeber mit den Bietern reibungslos kommunizieren kann, empfehlen wir dringend, dass sich diese – soweit nicht bereits geschehen – auf der Vergabeplattform DTVP (www.dtv.de) freiwillig und kostenlos registrieren.

Ohne eine solche Registrierung kann der Auftraggeber die nicht registrierten Bieter über nachträgliche Informationen nicht aktiv informieren. In diesem Fall obliegt es diesen, sich auf der Vergabeplattform regelmäßig selbst über etwaige Änderungen zu informieren.

- 1.2 Fragen zu den Vergabeunterlagen sind unter Angabe der Dokumentenbezeichnung und der Gliederungsnummer der Vergabeunterlagen (z.B.: „Ziffer ... der Leistungsbeschreibung ...“) in Textform über den von der elektronischen Vergabeplattform vorgesehenen Kommunikationsbereich möglichst bis zum

Donnerstag, den 21.05.2026, 12:00 Uhr (MESZ),

einzureichen.

Auch nach diesem Termin rechtzeitig eingehende Fragen werden selbstverständlich beantwortet. Antworten der Vergabestelle auf Fragen von interessierten Unternehmen werden im Vergabeportal über einen Bieterfragen-/antwortenkatalog anonym veröffentlicht und die registrierten Interessenten erhalten hierüber eine elektronische Information.

Die nicht registrierten Unternehmen haben sich auf dem Vergabeportal DTVP selbstständig darüber zu informieren, ob der Auftraggeber Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet hat. Der Bieterfragen-/Antworten-katalog wird zu diesem Zwecke den elektronisch abrufbaren Vergabeunterlagen beigelegt. Die Antworten des Auftraggebers auf Fragen der Interessenten sind bei der Erarbeitung der Angebote zu beachten.

- 1.3 Enthalten die mit der Auftragsbekanntmachung zur Verfügung gestellten Unterlagen (vorliegender erster Verfahrensbrief nebst Anlagen) nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter die Vergabestelle unverzüglich nach Erhalt der Unterlagen vor Abgabe des Angebots in Textform nach § 126b BGB darauf hinzuweisen.

2. Art, Umfang und Ort der Leistungen

2.1 CPV-Codes:

90510000 Beseitigung und Behandlung von Siedlungsabfällen

90511000 Abholung von Siedlungsabfällen

90511100 Einsammeln von kommunalem Müll

90511200 Einsammeln von Hausmüll

90511300 Müllsammlung

90511400 Altpapiersammlung

90512000 Transport von Haushaltsabfällen

90513000 Behandlung und Beseitigung ungefährlicher Siedlungs- und anderer Abfälle

2.2 Zu den Einzelheiten siehe Leistungsbeschreibung.

2.3 NUTS-Code / Erfüllungsort:

NUTS-Code: DE719

2.4 Aufteilung des Auftrags in Lose

Los 1 (Ost): Städte Bad Soden-Salmünster, Schlüchtern, Steinau an der Straße und Gemeinden Brachtal, Sinntal und Jossgrund

Los 2 (West): Stadt Nidderau und Gemeinde Hasselroth

Der Auftrag ist in zwei Lose aufgeteilt. Am Auftrag interessierte Unternehmen können ein Angebot für ein Los oder für alle Lose abgeben. Es besteht keine Zuschlagslimitierung.

3. Ausführungsfrist/Auftragsdauer je Los

Beginn: 01.01.2027

Ende: 31.12.2031

Verlängerungsoption: Der Auftraggeber hat die Option, den Vertrag zweimalig um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern.

4. Bietergemeinschaften

Erforderliche Rechtsform bei Auftragserteilung:

- Arbeitsgemeinschaft in Form einer BGB-Gesellschaft oder einer dieser nach ausländischem Recht vergleichbaren Rechtsform mit federführendem und bevollmächtigtem Mitglied und gesamtschuldnerischer Haftung der Mitglieder.

Eine Bietergemeinschaftserklärung nach Maßgabe des den Vergabeunterlagen beigelegten Musters ist dem Angebot im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft ebenfalls beizufügen. Die Bildung von Bietergemeinschaften nach Angebotsabgabe ist unzulässig.

Eine Veränderung der Mitglieder einer Bietergemeinschaft ist dem Auftraggeber zuvor anzuzeigen und nur mit dessen ausdrücklicher Zustimmung möglich. Mit dem Antrag auf Austausch hat der Bieter die seiner Auffassung nach ausnahmsweise vorliegende rechtliche Zulässigkeit darzulegen.

5. Angebotsabgabe

5.1 Allgemeines

Das Angebot ist mit den übrigen geforderten Angaben, Unterlagen und Erklärungen ausschließlich in deutscher Sprache und in elektronischer Form (Textform nach § 126b BGB) oder mit fortgeschrittener oder qualifizierter elektronischer Signatur bis spätestens

Montag, den 08.06.2026, 12:00 Uhr (MESZ),

über das Bietertool der elektronischen Vergabepattform einzureichen. Eine postalische oder telefonische Abgabe und eine Abgabe per Telefax oder E-Mail oder über den Kommunikationsbereich der elektronischen Vergabepattform ist nicht zulässig und führt zum zwingenden Ausschluss des betreffenden Angebots. Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind ggf. mit Stempel „vertraulich“ zu kennzeichnen, wenn und soweit sie dem Geheimschutz unterliegen oder Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten (§ 165 Abs. 3 GWB).

Hinweis: Der Auftraggeber weist auf die vergaberechtliche Rechtsprechung (vgl. OLG Karlsruhe, Beschluss vom 17.03.2017 – 15 Verg 2/17; VK Niedersachsen, Beschluss vom 11.12.2018 – VgK – 50/2018) hin, wonach unverschlüsselt eingereichte Angebote zwingend vom Wettbewerb auszuschließen sind. Vor diesem Hintergrund wird von einer unzulässigen Abgabe des Angebotes beispielsweise mittels einfacher E-Mail oder über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform in jedem Fall dringend abgeraten. Die Anforderungen an die Form der Dokumentenabgabe werden gewahrt, wenn diese elektronisch unter Verwendung des unter Abschnitt I. 3) der Auftragsbekanntmachung veröffentlichten Links eingereicht werden.

Für die Erstellung der Angebote werden keine Kosten erstattet.

5.2 Anforderungen an das Angebot

Dem Angebot sind folgende Unterlagen und Erklärungen in der nachstehenden Reihenfolge beizufügen:

- Ausgefülltes Formblatt „Angebotsformular“ (siehe **Anlage 1**)
- Ausgefülltes Formular Bieter-Formblatt (siehe **Anlage 2**) einschließlich der dort geforderten Angaben und Unterlagen

Für die geforderten (Eignungs-)Nachweise sowie Eigenerklärungen des Bieters zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen stellt der Auftraggeber ein Bieter-Formblatt zur Verfügung. Eine Verpflichtung zur Verwendung des Bieter-Formblattes besteht nicht. Der Bieter hat jedoch sicherzustellen, dass sein Angebot bei Nichtverwendung des Formblattes die darin genannten Angaben zur Eignung sowie zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen enthält sowie die darin beschriebenen Anforderungen erfüllt. Inhaltliche Abweichungen davon können zum

Ausschluss des Bieters führen. Die Verwendung des Bieter-Formblattes wird daher mit Nachdruck empfohlen.

Bieter haben zum Beleg ihrer Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen die in dem Bieter-Formblatt bezeichneten Unterlagen vorzulegen.

- Bei Bietergemeinschaft: Bietergemeinschaftserklärung (Muster siehe **Anlage 3**)
- Bei Nachunternehmereinsatz: VHB-Formblatt 233 / Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (Muster siehe **Anlage 4**)
- Bei sogenannter Eignungsleihe: VHB-Formblatt 235 / Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (Muster siehe **Anlage 5**)
- Bei sogenannter Eignungsleihe: VHB-Formblatt 236 / Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Muster siehe **Anlage 6**)
- Verpflichtungserklärung Tariftreue und Mindestentgelt (Muster siehe **Anlage 7**)
- Eigenerklärung zum Russlandgeschäft (Muster siehe **Anlage 8**)
- Ausgefülltes **Preisblatt** je Los (siehe **Anlage 9**)
- Losweises Personalkonzept gemäß Ziffer II. 2. der Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien (**vom Bieter zu erstellen und mit dem Angebot einzureichen**)
- Losweise ausgefülltes Formblatt „Antrieb / Schadstoffklassen“ gemäß Ziffer II. 3. der Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien (**Anlage 10**)

Bei der Erarbeitung des Angebots ist weiterhin je Los die beiliegende Leistungsbeschreibung mit zugehörigen Anlagen (**Anlage 11**) einschließlich Preisblatt (**Anlage 9**) zu beachten.

5.3 Vertragsentwurf (Besondere Vertragsbedingungen)

Der Auftraggeber beabsichtigt den Abschluss des Vertrages je Los auf der Grundlage des den Vergabeunterlagen beigefügten Vertragsentwurfes nebst Anlagen (**Anlage 12**) mit dem erfolgreichen Bieter.

Hält der Bieter einzelne vertragliche Bedingungen aus rechtlichen, wirtschaftlichen oder tatsächlichen Gründen für nicht realisierbar, so wird um einen entsprechenden Hinweis rechtzeitig vor Angebotsabgabe gebeten. Der Auftraggeber wird diese Hinweise prüfen und ggf. vor Angebotsabgabe eine Anpassung der vertraglichen Bedingungen vornehmen. Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass nach Angebotsabgabe Verhandlungen über Änderung der Angebote und Preise ausgeschlossen sind.

Eine Unterzeichnung des Vertragsentwurfes durch den Bieter zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe ist nicht erforderlich. Der Vertragsschluss erfolgt mit der schriftlichen Zuschlagserteilung an den erfolgreichen Bieter. Diesem Bieter wird das Original des Vertrages nach Ausfertigung durch den Auftraggeber zur Gegenzeichnung übersandt.

6. Zuschlags- und Bindefrist

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am:

31.08.2026.

7. Änderungsvorschläge/Nebenangebote

Nebenangebote und/oder Änderungsvorschläge sind nicht zugelassen.

8. Nachunternehmerleistungen

Art und Umfang etwaiger wesentlicher Nachunternehmerleistungen sind mit namentlicher Nennung der wesentlichen Nachunternehmer, soweit diese bei Projektbeginn tätig werden sollen, auf dem zur Verfügung gestellten Muster „VHB-Formblatt 233“ mit Angebotsabgabe zu benennen.

Für den Austausch von benannten Nachunternehmern für wesentliche Leistungsgegenstände im laufenden Vergabeverfahren gilt Ziffer 4 Abs. 3 dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe sinngemäß.

9. Teilnahmebedingungen / Eignungskriterien

Der Bieter hat zum Nachweis seiner Eignung alle gemäß Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung geforderten Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) innerhalb der unter Ziffer 5.1 genannten Angebotsfrist vorzulegen, soweit sich der Auftraggeber dies nicht ausdrücklich anders vorbehalten hat. Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass unvollständige Angebote ausgeschlossen werden können. Die Vorlage von Kopien ist zulässig. Ausländische Bieter haben statt der geforderten amtlichen Nachweise nach deutschem Recht gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen. Soweit nicht anders gefordert, können Erklärungen als Eigenerklärungen abgegeben werden.

Bei Bietergemeinschaften sind die geforderten Nachweise für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsbestandteil nachweisen muss, den es übernehmen soll. Ferner hat die Bietergemeinschaft dem Angebot eine Erklärung beizulegen, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind, der für die Durchführung bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist und erklärt wird, dass dieser die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder im Auftragsfall als Gesamtschuldner haften (Bietergemeinschaftserklärung, siehe **Anlage 3**).

Beabsichtigt der Bieter / die Bietergemeinschaft den Einsatz von Nachunternehmern, sind die von den Nachunternehmern zu erbringenden Leistungen gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV nach Art und Umfang mit dem Angebot zu benennen (vgl. VHB-Formblatt 233, siehe **Anlage 4**). Für Nachunternehmer, welche der Bieter im Wege der Eignungsleihe nach § 47 VgV einzusetzen beabsichtigt (vgl. VHB-Formblatt 235, siehe **Anlage 5**), sind weiterhin die unter Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung geforderten Nachweise und Erklärungen, soweit einschlägig und bezogen auf die zu erbringende Teilleistung, für den jeweiligen Nachunternehmer mit dem Angebot einzureichen sowie nach § 47 Abs. 1 Satz 1 VgV nachzuweisen, dass dem Bieter die insoweit für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (vgl. VHB-Formblatt 236, siehe **Anlage 6**).

Hinweis: Mehrangebote von Unternehmen, z. B. als Einzelbieter und als Mitglied einer Bietergemeinschaft, sind unzulässig, wenn und soweit diese zu einer vergaberechtlich unzulässigen Wettbewerbsverzerrung führen.

Die mit dem Angebot vorzulegenden Eignungsnachweise ergeben sich im Einzelnen aus Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung.

10. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot je Los gemäß § 127 Abs. 1 GWB i. V. m. § 58 Abs. 1 VgV erteilt. Einzelkriterien in der Reihenfolge ihrer Gewichtung:

	Einzelkriterium	Gewichtung
1.	Preis	(60 %)
2.	Güte und Qualität des Konzepts zur personellen Ausstattung während der Vertragslaufzeit	(30 %)
3.	Umweltfreundlichkeit / Energieeffizienz der eingesetzten Fahrzeuge für die Durchführung der Transportleistungen	(10 %)

Einzelheiten sind den „Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien“ (**Anlage 13**) zu entnehmen.

11. Zahlungsbedingungen

Die Zahlungsbedingungen richten sich nach den Vertragsbedingungen.

12. Vertraulichkeit von Informationen/Vernichtung von Vergabeunterlagen

Die mit den Vergabeunterlagen und im weiteren Verfahren ggf. zusätzlich vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Informationen sind von den Bietern auch nach Abschluss

des Verfahrens vertraulich zu behandeln, soweit diese nicht öffentlich zugänglich oder bekannt sind oder vom Auftraggeber öffentlich bekannt gegeben werden.

Falls sich ein zur Angebotsabgabe aufgeforderter Bieter dazu entschließt, ein Angebot für die zu vergebenden Leistungen nicht abzugeben, ist er verpflichtet, die überlassenen Vergabeunterlagen, insbesondere etwa hergestellte Abschriften (auch soweit in elektronischer Form vorhanden) vollständig wieder an den Auftraggeber zurück zu senden.

13. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Siehe Abschnitt 5.1.12 der Bekanntmachung.

14. Wettbewerbsbeschränkende Absprache / Mittelstandskartelle

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

Unter bestimmten Voraussetzungen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. die Bildung von Mittelstandskartellen von § 1 des GWB freigestellt. Die Voraussetzungen sind in §§ 2, 3 GWB geregelt. Eine entsprechende Erklärung ist abzugeben.

15. Hinweise zum Datenschutz

Der Bieter ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten an die Vergabestelle rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bieter die betroffenen Personen über die Übermittlung von Daten an die Vergabestelle und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen. Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die Vergabestelle erfolgt nicht.

Der Bieter erklärt sich mit der Einreichung des Angebotes damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten und die von ihm bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von der Vergabestelle gespeichert und verarbeitet werden. Die Vergabestelle weist darauf hin, dass sie sich bei Durchführung des Vergabeverfahrens gegebenenfalls externer Dienstleister bedient (z.B. Betreiber elektronischer Plattformen, externe Fachbearbeiter, ggf. Rechtsberater) und gegebenenfalls die von der Vergabestelle übermittelten Unterlagen (einschließlich der darin enthaltenen personenbezogenen Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt.

16. Ausschlussgründe

Angebote, die einer der vorstehenden Bedingungen nicht entsprechen, können ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus führen die folgenden Gründe gemäß § 57 Abs. 1 VgV zu einem Ausschluss:

- Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
- Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
- Angebote, in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
- Angebote, in denen Änderungen oder Ergänzungen des Bieters an den Dokumenten vorgenommen worden sind.

17. Informationen zum weiteren Verfahren

Hinweis: Die nachfolgenden inhaltlichen und zeitlichen Informationen skizzieren den typischen Gang eines offenen Verfahrens. Der tatsächliche Verfahrensverlauf kann davon abweichen. Ein Anspruch von Bietern auf die Einhaltung des nachfolgend dargestellten erwarteten Verfahrensablaufes wird dadurch nicht begründet.

a) Inhaltliche Gestaltung

Die Losweise Vergabe der kommunalen Abfalleinsammlung und Beförderung in Kommunen des Main-Kinzig-Kreises erfolgt im Rahmen eines offenen Verfahrens.

Die Bieter werden durch dieses Schreiben zur Abgabe eines losweisen Angebots aufgefordert, das den Anforderungen der Vergabeunterlagen zu entsprechen hat.

Anschließend prüft der Auftraggeber die fristgemäß eingegangenen Angebote nach formellen und sachlichen Kriterien sowie in Bezug auf gegebenenfalls vorliegende zwingende und fakultative Ausschlussgründe.

Der Auftraggeber bildet sodann nach Maßgabe der in der EU-Auftragsbekanntmachung und diesem Schreiben bekannt gegebenen Zuschlagskriterien sowie der „Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien“ eine Rangfolge der Angebote. Das Vertragswerk wird mit demjenigen Bieter abgeschlossen, der nach Maßgabe der unter Ziffer 10. dieses Anschreibens genannten Zuschlagskriterien das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat.

Sobald das wirtschaftlichste Angebot ermittelt worden ist, trifft der Auftraggeber die interne Vergabeentscheidung und versendet danach das Informationsschreiben gemäß § 134 GWB an die nichtberücksichtigten Bieter je Los. Nach Ablauf der gesetzlichen Wartefrist erfolgt die rechtsförmliche Zuschlagserteilung.

b) Zeitlicher Ablauf

Der nachfolgend aufgeführte vorläufige Zeitplan für das Vergabeverfahren gibt die derzeitige Terminplanung des Auftraggebers wieder. Änderungen sind möglich und ausdrücklich vorbehalten.

Schlusstermin für die Abgabe der Angebote durch die Bieter	Montag, den 08.06.2026, 12:00 Uhr (MESZ)
Auswertung der Angebote mit ggf. Aufklärung / Nachforderung	Mitte Juni 2026
Interne Auswahlentscheidung	Mitte Juni 2026
Versand Information nichtberücksichtigter Bieter gemäß § 134 GWB mit Zuschlagsankündigungsschreiben an erfolgreichen Bieter	Ende Juni 2026
Zuschlagserteilung / Vertragsschluss	Anfang Juli 2026

18. Nicht berücksichtigte Bieter

Bieter unterliegen mit der Abgabe ihres Angebotes den besonderen Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 62 VgV, § 134 GWB).

19. Nachprüfstelle

Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen:

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Dienstgebäude: Luisenplatz 2
D-64283 Darmstadt
Tel.: +49 6151 126-601
Fax: +49 6151 125-816

Mit freundlichen Grüßen

Eigenbetrieb Abfallwirtschaft
Jochen Hemmer
Betriebsleitung

Anlagen:

1. Formblatt „Angebotsformular“
2. Bieter-Formblatt
3. Formblatt Bietergemeinschaftserklärung
4. Formblatt: Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (VHB 233)
5. Formblatt: Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (VHB 235)
6. Formblatt: Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (VHB 236)



7. Verpflichtungserklärung Tariftreue und Mindestentgelt
8. Eigenerklärung zum Russlandgeschäft
9. Preisblatt
10. Formblatt Antrieb / Schadstoffklassen
11. Leistungsbeschreibung
12. Vertragswerk
13. Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien